67. Jahrgang. № 446 — Sonnabend, 7. Oktober 1922

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugs-Gebühr bei täglicher Zutragung in Dresden oder durch die Post monatlich M. 210,—. Einzelnummer M. 8,—, Sonntagsausgabe M. 10,—.
Anzeigen-Preise. Die 1spaltige 32 mm breite Zeile M. 20,—, außerhalb Sachsens M. 25,—. Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsmarkt, 1spaltige An- u. Verkäufe 25% Nachlaß. Vorzugsplätze laut Tarif. Auswärt. Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25241
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Druck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Belvedere
Brühlsche Terrasse
Kleinkunstbühne
4 Uhr Täglich 8 Uhr
Große Elber-Orchester-Konzerte

Hotel u. Kaffee Blesch
4–7 Uhr und 8–12 Uhr:
Konzerte
Weinrestaurant — Bar
Frühstücksstube

BANKHAUS
HERMANN SCHULZ,
Kommanditgesellschaft
12 Schreibergasse 12
Fernsprecher: 14036, 14034, 14038
Fernsprecher: Fernverkehr 20804
Sämtl. bankmäßigen Geschäfte. Finanzielle Beratung

Max Glöss Nachf.
Meritzstraße 18.
Beleuchtungskörper, Elektrische Plätten,
Kochtöpfe, Schütte-Lanz-Kochplatten.

Hast Du Augengläser nötig, gehe zu Gebrüder Roettig, Dresden-A. Prager Straße 23

Neue Kriegsgefahr im Orient.

Abbruch der Konferenz von Mudania.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten.")

Lord Curzon reist nach Paris. — Thrazien als Streitobjekt.

Paris, 6. Okt. Die pessimistischen Nachrichten, die gestern aus dem Orient hier eingetroffen sind, haben sich heute bestätigt.

Die Konferenz von Mudania ist abgebrochen

und die Lage hat sich so verschlimmert, daß Lord Curzon sich entschlossen hat, morgen nach Paris zu kommen, um mit Poincaré zu verhandeln. Bis heute abend gegen 8 Uhr war in offiziellen Pariser Kreisen noch nicht bekannt, aus welchem Grunde die Konferenz abgebrochen wurde. Man vermutet jedoch, daß es sich hauptsächlich um die thrazische Frage gehandelt habe. Man erfährt, daß die türkische militärische Mission in Mudania im Verlaufe der Mittwoch-Sitzung in allen Punkten Schwierigkeiten gemacht haben soll. Italienische Kreise in Paris sind darauf vorbereitet, daß sie ebenfalls zu den morgigen Verhandlungen zwischen Poincaré und Lord Curzon hinzugezogen werden. Für diesen Fall wird in Abwesenheit des Grafen Sforza der italienische Vertreter Galli an den Verhandlungen teilnehmen. Der schlechte Gang der Verhandlungen in Mudania wird englischerseits mit der türkischen Mentalität in Zusammenhang gebracht. In London wendet sich das Hauptinteresse der

Haltung Rußlands

zu. Der Korrespondent des „Temps" in London schreibt, die englische Regierung rechne damit, daß Rußland in absehbarer Zeit am Schwarzen Meer seine bedeutende Stellung, die es vor dem Kriege hatte, wieder einnehmen werde. Rußland sei im Besitze aller Aktionsmittel und habe eine Regierung, die stärker sei als je. Die englischen Blätter protestieren fast durchweg gegen die Anwesenheit Franklin Bouillons in Mudania, der eine diplomatische und keine militärische Persönlichkeit sei. Die Blätter drücken die Furcht aus, daß seine Anwesenheit die Türken in ihrer Unnachgiebigkeit bestärke.

Mutmaßliche Gründe des Abbruchs der Besprechungen.

London, 6. Okt. Reuter erfährt von gutunterrichteter Seite folgendes: Die Erklärung der plötzlichen Aenderung der Lage im nahen Osten ist anscheinend in den Verhandlungen von Mudania zu suchen. Sie gingen gut vonstatten, obgleich die Türken so viel wie irgend möglich zu erhalten strebten. Gestern jedoch wurden sie sehr anspruchsvoll in der Frage Ostthraziens und verlangten die sofortige Besetzung, wollten jedoch keinerlei Bürgschaften für die Sicherheit der Minderheiten usw. geben. Dies führte zur Aufwerfung der innerpolitischen Frage, die die Mudania-Konferenz nicht befugt war, zu verhandeln. Infolgedessen kehrten die drei alliierten Generale nach Konstantinopel zurück, um die Angelegenheit dem Oberkommissar zu unterbreiten. Der britische Oberkommissar hat jetzt die letzten türkischen Forderungen nach London übermittelt, um Weisungen zu erhalten. Soweit in London bekannt ist, ist die augenblickliche Schwierigkeit nicht durch die Haltung der griechischen Generale verursacht worden, sondern allein durch die unnachgiebige Haltung der Türken. Soweit Griechenland in Betracht kommt, ist noch nicht bekannt, welches die Haltung der griechischen Regierung oder des griechischen Volkes ist. Venizelos hat London verlassen, nachdem er den Grundlagen des Pariser Abkommens so gut wie zugestimmt hatte, mit anderen Worten, er hat sich in das Unvermeidliche geschickt. (W. T. B.)

Londoner Kabinettsrat unter Lloyd Georges Vorsitz.

London, 6. Okt. Das Kabinett trat heute um ½12 Uhr zusammen, um die Lage zu erwägen. Lloyd George führte den Vorsitz. Zahlreiche Minister nahmen an der Sitzung teil. Nach ihrem Ende reiste Lloyd Curzon unverzüglich um 2 Uhr nachmittags nach Paris ab, um mit der französischen Regierung zu beraten. **Die Lage wird augenblicklich als kritischer denn je angesehen, seitdem Mustafa Kemal in die neutrale Zone eingedrungen ist.** Die Kemalisten glaubten die erstrebten Ziele sicherer durch Kampf zu erreichen als durch Verhandlungen. **Von gutunterrichteter britischer Seite wird erklärt, es sei jetzt ziemlich klar, daß der von französischer Seite auf die Türken ausgeübte Einfluß nicht gerade der günstigste zu sein scheint, und daß die plötzliche Versteifung der Haltung der Türken auf diesen Einfluß zurückzuführen sei.** Die Blätter erklären, der Einfluß Franklin Bouillons habe sich, wie verlaute, gegen den Erfolg der Konferenz gerichtet. Lloyd George soll zum Ausdruck gebracht haben, daß er für den Fall des Scheiterns seiner Bemühungen für den Frieden **dem König unverzüglich anraten werde, beide Häuser des Parlaments zusammenzuberufen.** (W. T. B.)

London, 6. Okt. Reuter meldet: Nach britischer Ansicht ist die Lage als sehr ernst anzusehen. Ein vollständiger Stillstand ist eingetreten. Die britische Regierung spannt jeden Nerv an, für die Aufrechterhaltung des Friedens wie für Erhaltung der vollen Uebereinstimmung unter den Alliierten besorgt zu sein. Keinerlei neue Instruktionen sind aus London abgesandt worden. Hingegen ist Konstantinopel über Lord Curzons heutige Abreise nach Paris unterrichtet worden. Das Ergebnis der Pariser Besprechungen wird abgewartet werden.

Panikstimmung in Konstantinopel.

London, 6. Okt. Nach Meldungen aus Konstantinopel herrscht dort Panikstimmung. Die Nachricht vom Abbruch der Konferenz hat die größte Beunruhigung hervorgerufen. Es verlautet, daß die Spitzen der türkischen Kavallerie bereits 1000 Meter vor Stambul stehen, und man rechnet mit der bevorstehenden Besetzung der Stadt. Die griechische und armenische Bevölkerung flüchtet in Massen, während die Türken sich bereits auf den feierlichen Empfang Mustapha Kemals in Konstantinopel vorbereiten. Kemal hat an die Einwohner von Konstantinopel eine Botschaft gerichtet, in der er die Bevölkerung auffordert, ruhig zu bleiben und sich auf seine Führung zu verlassen. Thrazien werde türkisch bleiben.

Griechenland rüstet für die Verteidigung Thraziens.

Athen, 6. Okt. Die Griechen ziehen in der Gegend von Saloniki starke Truppen zusammen. Eine Anzahl griechischer Militärzüge hat Saloniki in der Richtung auf Adrianopel verlassen. Die griechische Presse billigt die Haltung der Delegierten, die ihre Unterschrift zum Abkommen von Mudania verweigert haben, und erklärt, daß der Kampf um den Besitz Thraziens unter allen Umständen fortgesetzt werden müsse.

Venizelos bei Poincaré.

Paris, 6. Okt. Heute vormittag empfing Poincaré den ehemaligen griechischen Ministerpräsidenten Venizelos.

Harrington bleibt in Konstantinopel.

London, 6. Okt. „Evening Standard" zufolge wird General Harrington bis nach der Zusammenkunft zwischen Curzon und Poincaré in Konstantinopel bleiben. (W. T. B.)

Die Regierung für die Erhaltung des inneren Friedens.

Die Reichsregierung hat beschlossen, im kommenden Winter, der die Schwierigkeiten der wirtschaftlichen Not erst im ganzen Maße erkennen lassen wird, gegen jede agitatorische Aufhetzung der Bevölkerung, von welcher Seite sie auch komme, energisch einzutreten. Straßen- und Marktpolizei haben entsprechende Anordnungen erhalten.

Sachsen gegen die Erhöhung des Getreidepreises.

Die sächsische Regierung hat im Reichsrat folgenden Antrag eingebracht:

„Gegen den Beschluß, den der nach § 50 des Gesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Getreide aus der Ernte 1922 vom 4. Juli 1922 (Reichsgesetzblatt S. 549) bestimmte Ausschuß in seiner Sitzung vom 16. September 1922 über die Erhöhung des Preises für das erste Drittel des Umlagegetreides gefaßt hat, **erhebt der Reichsrat Widerspruch, da der Ausschuß nach dem Gesetz nur das Recht hat, über den Preis für das zweite und dritte Drittel der Umlage gehört zu werden. Die Reichsregierung hat deshalb an dem vom Reichstage beschlossenen Preise für das erste Umlagedrittel unbedingt festzuhalten.**"

Das Zeitungssterben.

Die Verlagsgesellschaft „Deutscher Herold", die die eingegangenen Wulle-Zeitungen verlegt hatte, hat Konkurs angemeldet.

Schwere Ausschreitungen belgischer Soldaten.

Köln, 6. Okt. Schwere Ausschreitungen belgischer Soldaten in Sträten (Regierungsbezirk Aachen) werden erst jetzt nach dem Abschluß der amtlichen Feststellung bekannt. In den Orten Waldenrat und Sträten waren aus Anlaß der belgischen Manöver in den ersten September-Tagen mehrere Abteilungen eines belgischen Artillerie-Regiments einquartiert. Am 14. September abends hatte in einer Wirtschaft in Sträten eine Anzahl belgischer Unteroffiziere und Mannschaften stark gezecht. Als gegen 12 Uhr nachts der Wirt das Lokal schließen wollte, versuchte einer dieser angetrunkenen Unteroffiziere die beiden Töchter des Wirts bei sich zu behalten. Die Eltern wollten ihre Mädchen in Schutz nehmen. Darauf griffen die Unteroffiziere die Mutter tätlich an und schlugen auch den hinzueilenden Vater nieder. Nicht genug damit, schlug er mit einem Soldaten sämtliches Geschirr und Mobiliar in der Küche entzwei und versuchte dann in das obere Stockwerk und in das Schlafzimmer der Mädchen einzudringen. Die Mädchen konnten sich, nur notdürftig bekleidet, durch die Flucht über die Dächer retten.

Dollar (Amtlich): 2160
Im Freiverkehr abends 6 Uhr: 2160

Die Wahl des Reichspräsidenten.

Die Reichspräsidentenwahl hat in Deutschland schon ihre Geschichte, noch ehe sie ein einziges Mal wirklich stattgefunden hat. Eine unrühmliche Geschichte; denn sie ist eine Geschichte der Unterlassungen. Seit vier Jahren haben wir die Republik, seit drei Jahren eine Verfassung, die die Wahl des Reichspräsidenten unmittelbar durch das Volk vorschreibt. Die Durchführung dieser Verfassungsvorschrift unterblieb, als die zäh am Leben klebende Nationalversammlung vor 2½ Jahren den Stürmen der Kapp-Tage nicht länger standhalten konnte, sie unterblieb, nachdem das Gesetz über die Wahl des Reichspräsidenten vom Reichstag verabschiedet war, trotz der ausdrücklichen brieflichen Mahnung des Reichspräsidenten an den Kanzler im Oktober 1921 mit Rücksicht auf das ungewisse Schicksal Oberschlesiens. Seit etwa Jahresfrist ist das traurige Los Oberschlesiens entschieden, die Vorbereitungen für die Wahl wurden jedoch wieder unterlassen trotz der eindringlichen Mahnung der Rechtsparteien im Februar dieses Jahres anläßlich der Beratung des Haushalts des Reichspräsidenten im Reichstag. Der provisorisch von der Nationalversammlung in Weimar bestimmte Reichspräsident blieb auf seinem Posten als einziges Ueberbleibsel der vorläufigen Regelungen. Eine unerfreuliche Angelegenheit, nicht so sehr in bezug auf die Persönlichkeit des vorläufigen Reichsoberhauptes; denn Präsident Ebert ist zwar kein Mann von großem politischen Format, aber er ist ein Präsident, der sich mehr und mehr in seine Pflichten hineinfand und der bei der verfassungsmäßig engen Begrenzung seines Wirkungskreises auch seinen politischen Gegnern keinen Anlaß zu ernstlicher Entrüstung gegeben hat. Trotzdem ist er natürlich auch nicht das Ideal eines repräsentativen Oberhauptes des deutschen Volkes; aber selbst wenn man seine Vorzüge in das allerhellste Licht rücken wollte, kommt man doch um die Notwendigkeit nicht herum, daß sich die Spitze des Deutschen Reiches auf verfassungsmäßigem Grunde aufbauen muß.

Noch im Frühjahr und im Sommer dieses Jahres war es Zeit, dem verfassungswidrigen Zustande ein Ende zu bereiten. Wenn aber jetzt die Regierung vollkommen unvermittelt, zur höchsten Ueberraschung des ganzen Volkes und der Parteien den Beschluß gefaßt hat, den Termin für die Reichspräsidentenwahl durch den Reichstag für den 8. Dezember anberaumen zu lassen, so muß das allgemeines Kopfschütteln erregen. Ein ungeeigneter Entschluß zur unpassendsten Zeit, mit dem die Reichsregierung wieder mal mit der ihr eigenen Sicherheit das Falsche getroffen hat. Es ist keine Nörgelsucht, wenn man es heute aussprechen muß, daß im Augenblick das deutsche Volk andere Sorgen hat, als die Reichspräsidentenwahl. Noch nie hat das Elend und die Not ungezählter Millionen so laut und energisch an unsere Türen gepocht, wie heute, vor einem Winter, der die allerschlimmste Besorgnis erweckt. Heute liegen uns die wirtschaftlichen Nöte viel zu sehr auf dem Herzen, als daß man der Reichspräsidentenwahl mehr als ein nebensächliches Interesse zuwenden könnte, und heute hat auch die Regierung dringendere Aufgaben. Die Brotpreisregelung steht vor der Tür und mit ihr die unerläßliche Aufgabe, gesetzliche Maßnahmen zur Brotverbilligung für die Minderbemittelten zu treffen, die Gehaltsverhandlungen mit den Beamten scheinen eine ernste Wendung zu nehmen, die Bargeld- und Kreditnot erheischt dringendes Einschreiten, um eine katastrophale Störung des Wirtschaftslebens zu vermeiden, und die mit dem Kohlenmangel, der Kredit- und Devisennot unmittelbar drohende Einschränkung bedeutender Wirtschaftszweige bringt das Gespenst der Arbeitslosigkeit in gefährliche Nähe. Der Teuerung und Wirtschaftsnot zu begegnen, bedeutet für Regierung und Volksvertretung eine kaum zu bewältigende Arbeitslast. Zu diesen wirtschaftlichen kommen die politischen Nöte. Es kriselt in der Koalition. Die Vereinigung der beiden sozialistischen Parteien läßt die Sozialdemokratie vermehrten Einfluß auf die Regierung fordern, während die bürgerlichen Koalitionsparteien die Hereinnahme der Deutschen Volkspartei in Regierung und Koalition fordern, um dem zu starken sozialistischen Einfluß zu begegnen; denn selbst bei Eintritt der Volkspartei in die Koalition blieben die Fraktionen vom Zentrum bis zur Volkspartei noch immer um einige Stimmen hinter der vereinigten sozialistischen Fraktion zurück. Mit dem Beginn der Reichstagssitzungen am 17. Oktober dürften darum die Meinungen scharf aufeinanderplatzen, zumal die Frage der Koalitionsbereitschaft der Sozialisten mit der Volkspartei noch keineswegs geklärt ist. Zudem läßt die scharf ablehnende Haltung der Sozialisten in der Frage des Preises für das Umlagegetreide durchaus die Möglichkeit einer der üblichen endlosen Regierungskrisen offen. Und wenn in dieser mit Zündstoffen überreich geladenen wirtschaftlichen und politischen Atmosphäre die Reichsregierung glaubt, in kürzester Frist den Termin für die Reichspräsidentenwahl ansetzen zu sollen, so hätte das nur geschehen dürfen, wenn vorher mit den Parteien eine weitestgehende Einigung über d-